



Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend

58. Sitzung (öffentlich)

16. Juni 2015

Düsseldorf – Haus des Landtags

09:30 Uhr bis 09:45 Uhr

Vorsitz: Andrea Asch (GRÜNE) (Stellv. Vorsitzende)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkt:

**Gesetz über die Feststellung eines zweiten Nachtrags zum
Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das
Haushaltsjahr 2015 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2015)** 3

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/8650 (2. Neudruck)

- Abschließende Beratung und Abstimmung

Der **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend** stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung **Drucksache 16/8650** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten **zu**.

Aus der Diskussion

Gesetz über die Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2015)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/8650 (2. Neudruck)

- Abschließende Beratung und Abstimmung

Stellv. Vorsitzende Andrea Asch gibt an, der Gesetzentwurf sei nach der ersten Lesung am 20. Mai 2015 an die Ausschüsse überwiesen worden. Die Fraktionen hätten sich im Vorfeld auf ein verkürztes Beratungsverfahren verständigt. Insoweit werde heute beraten und gleichzeitig die abschließende Abstimmung vorgenommen. Es gebe bisher keine Änderungsanträge.

Wolfgang Jörg (SPD) meint, man brauche inhaltlich nicht lange zu diskutieren. Das Geld sei gut angelegt. Man könne es mit Steuermehreinnahmen kompensieren. Der Ausschuss sollte darüber abstimmen.

Bernhard Tenhumberg (CDU) widerspricht, es sei nicht alles wunderbar. Gut sei, dass die Verpflichtungsermächtigung wegen der Unterstützung der Flüchtlingshilfen eingestellt werde. Das nehme seine Fraktion positiv zur Kenntnis. Das sei eine Selbstverständlichkeit. Seine Fraktion mahne allerdings nach wie vor ein Gesamtkonzept an. Die Mittel im Haushalt insgesamt seien nicht ausreichend. Von daher werde seine Fraktion sich bei der Abstimmung enthalten.

Dr. Björn Kerbein (FDP) stellt heraus, Einigkeit bestehe darüber, dass Flüchtlingen in Not geholfen werden müsse. Sie müssten menschenwürdig untergebracht werden. Die zusätzlichen Ausgaben seien notwendig. Leider seien die Mittel nicht ausreichend. Seine Fraktion bezweifle, dass es ausreiche, 16.500 Plätze in den Landeseinrichtungen zu schaffen.

Bekannt sei, dass die Kommunen große Probleme vor Ort hätten. Es komme zu vielen sozialen Konfliktlagen. Die Quintessenz: Die Maßnahmen gingen in die richtige Richtung, seien völlig in Ordnung. Der Ausschuss befasse sich speziell mit den Kindern und Jugendlichen. Das betreffe etwa die Flüchtlingskinder, die beschult werden müssten. Seine Fraktion mahne ein Gesamtkonzept an. Einsparungen müssten möglich sein. Der Haushalt umfasse 65 Milliarden €. Da würden Umschichtungen erwartet. Es könne nicht sein, dass immer nur die Ansätze der Grunderwerbsteuer erhöht würden, obwohl das Land Rekordsteuereinnahmen habe. Auch seine Fraktion werde sich in der Abstimmung enthalten.

Daniel Düngel (PIRATEN) führt aus, von den zwei Vorrednern sei alles gesagt worden. Herr Jörg stehe da ein wenig im Abseits. Er müsse die Rolle der regierungstragenden Koalition ausfüllen. Die wesentlichen Kritikpunkte seien genannt worden. Jede Verbesserung, die sich mit Blick auf die Problematik der Flüchtlinge ergebe, sei gut. Viele Dinge, die die Piratenfraktion in den vergangenen drei Jahren eingeführt habe, würden nach wie vor nicht aufgegriffen. Das sei auch in der stattgefundenen Anhörung deutlich herausgekommen. Seine Fraktion werde sich zu dem Nachtragshaushalt enthalten.

Dagmar Hanses (GRÜNE) erklärt, ihre Fraktion stimme dem Nachtragshaushalt mit Freude zu, weil der die dringend notwendige Unterstützung im Haushalt darstelle, insbesondere auch für die Beschulung von Flüchtlingskindern und Jugendlichen. Bezüglich des eingeforderten Gesamtkonzeptes sei bekannt, dass die Landesregierung schon an vielen Baustellen für ein Gesamtkonzept immer wieder arbeite. Frau Ministerin Schäfer bringe das Thema in der Jugendministerkonferenz ein. Der zweite Flüchtlingsgipfel finde im Bund unter Drängen von NRW statt. Die Mahnung gehe quasi hinter dem Zug her, der schon lange fahre.

Nordrhein-Westfalen sei frühzeitig in den Startlöchern und setze die notwendigen Weichenstellungen, damit Kinder und Jugendliche mit ihren Familien, auch unbegleitete Kinder und jugendliche Flüchtlinge die Hilfe bekämen, die sie bräuchten. Ihre Fraktion stimme dem Nachtragshaushalt mit Freude zu.

Die **Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport, Ute Schäfer**, führt aus, Anlass sei die enorm gestiegene Anzahl von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern. Es würden die haushaltsmäßigen Voraussetzungen geschaffen, um die in Rede stehenden Bundesmittel zur Förderung finanzschwacher Kommunen weiterleiten zu können. Sie verweise auf die drei Änderungen, die aus ihrem Bereich eingebracht worden seien. Das sei einmal die Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung von 1,8 Millionen € auf 3,5 Millionen €, um den Bereich Sprachförderung stärker unterstützen zu können.

Dann gehe es um die Unterstützung des Personals bei den Landesjugendämtern. Dazu gebe es eine Erläuterung in der Titelgruppe 97, die das klarstelle. Des Weiteren gebe es eine Verlagerung des Titels 88 399 in 07 040 zugunsten einer neuen Haushaltsstelle, 88 330. Das habe etwas mit der KiBiz-Revisions-Titelgruppe zu tun.

Der **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend stimmt** dem Gesetzentwurf der Landesregierung **Drucksache 16/8650 (2. Neudruck)** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten **zu**.

gez. Andrea Asch
Stellv. Vorsitzende

01.07.2015/06.08.2015

160

